

Grundsatzprogramm



der
KSV Pinneberg

Die jeweils aktuelle Fassung des Grundsatzprogramms befindet sich auf der Website der KSV.

Das Grundsatzprogramm der KSV Pinneberg fasst die Grundpositionen der KSV Pinneberg zusammen

Das Grundsatzprogramm der KSV Pinneberg fasst die Grundpositionen der KSV Pinneberg zusammen und erhebt den Anspruch, die Schüler:innen der Schulen in Pinneberg zu repräsentieren. Es bietet die Grundlage für sämtliche politische Arbeit der KSV Pinneberg und ihrer Vertreter:innen.

Bisherige Grundsatzprogrammänderungen:

Elsa-Brändström-Schule Elmshorn (EBS)

11.

Juni

2026

Nachhaltigkeit:

Schule muss nachhaltig werden: Das heißt, ein größeres Bewusstsein für Nachhaltigkeit wie sparsame Ressourcennutzung und erneuerbare Energien, also Klima- und Umweltschutz, soll geschaffen werden. Um dies zu fördern, soll die Bildung für nachhaltige Entwicklung vorangetrieben werden. Dafür muss es an jeder Schule eine:n BNE-Beauftragte:n im Lehrkräftekollegium geben.

Zusätzlich ist es wichtig, dass die Schüler:innen im Schulalltag nachhaltiges Handeln mitbekommen und darüber hinaus durch Projekte oder Aktionen zu umweltbewusstem Handeln befähigt werden. Deshalb sollen in Schulen weniger Ressourcen verbraucht, nachhaltigere Alternativen verwendet, vollkommenes Recycling des Abfalls eingeführt, nur Strom aus erneuerbaren Energien bezogen, nachhaltig sowie klimaneutral produzierte Lebensmittel angeboten und die Schüler:innen in die dafür notwendigen Prozesse eingebunden werden.

Das KSP fordert hierbei, dass der Kreis Pinneberg und die Schulträger ihren Handlungsspielraum ausschöpfen und das Pariser Klimaabkommen auch im Bereich Schule und Bildung umsetzen. Dazu gehört, dass die Schulen als öffentliche Gebäude umgerüstet werden, sodass der gerechte Beitrag zur deutschlandweiten Klimaneutralität im Jahr 2035 geleistet wird. Schulen sollen verpflichtend Photovoltaikanlagen und Solaranlagen auf ihren Schuldächern installieren, sofern dies baulich möglich und effizient ist. Bei Neubauten muss dies von vornherein berücksichtigt werden. Außerdem sollten Schulen grüne Energie beziehen und diese möglichst effizient nutzen.

Es sollte nachhaltiges Papier verwendet werden, welches entweder durch umweltschonende Ressourcen oder durch einen Recyclingprozess vom Wegwerfen hin zum Wiederverwenden deutlich weniger unsere Umwelt beansprucht.

Des Weiteren soll stark und bewusst auf Mülltrennung geachtet werden, damit der Abfall vollständig recycelt werden kann. Dafür müssen in jedem Unterrichtsraum drei Mülleimer zur Verfügung stehen. Außerdem sollte sich möglichst früh mit dem richtigen Umgang und der Mülltrennung beschäftigt werden und z.B. im Rahmen des Geographieunterrichts fortlaufend ein Auge auf die Mülltrennung geworfen werden.

Ein kostenloses, freiwilliges, ausgewogenes, vollwertiges und biologisch wertvolles Mittagessen, welches das soziale Miteinander aller an Schule beteiligten Menschen fördert, soll den Vormittagsunterricht mit dem Nachmittagsunterricht verbinden. Dieses Mittagessen soll vegetarisch sein und mindestens ein veganes Gericht soll angeboten werden müssen. Darüber hinaus muss in Absprache mit Schüler:innen und Eltern bei Bedarf und wenn möglich ein mit den religiösen Werten betroffener Schüler:innen vereinbartes Angebot bereitgestellt werden.

Schulen müssen ein Konzept für nachhaltige Ernährung entwickeln und dabei darauf achten, dass das Mensaessen aus Nahrungsmitteln zusammengestellt ist, welche umwelt- und bodenschonend erzeugt wurden.

Schulen sollen, wenn es die geografische Lage erlaubt, gemeinsam mit der Schüler:innenschaft Obst- und Gemüsegärten anlegen und dadurch den Schüler:innen ein stärkeres Bewusstsein für ihre Nahrung vermitteln. Wenn möglich, sollen die Schulen die Produkte selbst verarbeiten oder verkaufen und den Betrag für nachhaltige Projekte nutzen.

An den Schulgebäuden im Kreis soll eine Energieinfrastruktur errichtet werden, die auf eine smarte und nachhaltige Energienutzung der Räumlichkeiten ausgelegt ist. Dafür soll der Kreis Pinneberg die finanziell schwach aufgestellten Schulträger unterstützen und die Kosten mithilfe des Bundes vollständig übernehmen.

Der ÖPNV, der den Schulweg darstellt, darf nur noch mit umweltfreundlichen und emissionsfreien Verkehrsmitteln betrieben werden, um den Emissionsausstoß gegen null zu senken und den menschengemachten Klimawandel zu verlangsamen und langfristig zu stoppen.

Jede Schule soll verpflichtend bei dem Wahlpflichtunterrichtsangebot mindestens ein Projekt zum Thema BNE zur Auswahl stellen, sofern dies personell und strukturell möglich ist..

Außerdem soll ein Nachhaltigkeits-Team berufen werden. Dies soll gleichmäßig durch Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern besetzt sein. Die Ergebnisse des Teams sollen von der Schulkonferenz verpflichtend in Form von Anträgen behandelt werden.

Mobilität:

Im Mittelpunkt der Verkehrspolitik sollte die gezielte Förderung des öffentlichen Nahverkehrs sowie der konsequente Ausbau des ländlichen ÖPNV stehen. Lange Zeit wurde davon ausgegangen, dass Mobilität vor allem über den motorisierten Individualverkehr funktioniert. Gerade für Schülerinnen und Schüler entspricht das jedoch häufig nicht der Realität.

Für Jugendliche ergeben sich bei der eigenständigen Mobilität meist zwei zentrale Möglichkeiten: Für längere Strecken die Nutzung von Bahn- oder Busverbindungen beziehungsweise Ersatzverkehren, für kürzere Wege vor Ort der Bus oder das Fahrrad. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den planerischen Schwerpunkt deutlich stärker auf den Ausbau eines zuverlässigen, eng getakteten und flächendeckenden ÖPNV-Netzes sowie auf sichere und gut ausgebaute Radwege zu legen.

Im Umfeld von Schulen sollen Straßen konsequent verkehrsberuhigt werden, insbesondere durch die Einrichtung und Durchsetzung von Tempo-30-Zonen. Ziel ist eine deutliche Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Beteiligten im Schulumfeld, insbesondere für Kinder und Jugendliche, die zu den besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmenden zählen. Der Schulweg darf nicht durch unnötige Gefährdungen, insbesondere durch den Autoverkehr, beeinträchtigt werden.

Darüber hinaus sollte die Verkehrssicherheitsbildung für Radfahrende auch über das Grundschulalter hinaus systematisch ausgebaut werden, um sicheres Verhalten im Straßenverkehr zu fördern und Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmenden zu reduzieren.

Ergänzend sind an allen Schulen ausreichend Fahrradstellplätze bereitzustellen. Zusätzlich sollte ein flächendeckendes Netz an Fahrrad-Reparaturstationen aufgebaut werden. Jede Schule sollte mindestens über eine eigene Reparaturmöglichkeit sowie über ein Angebot zum Verleih von Fahrradschlössern verfügen.

Alle Schulen benötigen eine gute und direkte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Die Taktung der Busverbindungen sollte dabei stärker an die Schulzeiten und Stundenplanstrukturen angepasst werden, um eine verlässliche Erreichbarkeit zu gewährleisten.

Das Deutschlandticket sollte allen Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, um soziale Teilhabe und Chancengleichheit unabhängig vom Wohnort sicherzustellen. Ebenfalls sollten Azubis und Studierende auch ein kostenfreies Deutschlandticket erhalten.

Räumlichkeiten:

Schule muss ausreichend Platz und Räumlichkeiten für einen angenehmen Schulalltag enthalten. Hierfür ist insbesondere die inklusive Planung relevant, um allen Schüler:innen, unabhängig von körperlichen Einschränkungen, einen gleichwertigen Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Dazu zählen sowohl der barrierefreie Zugang zu allen Unterrichtsräumen, z.B. durch Aufzüge, als auch Technologien und Maßnahmen für jede andere Form der Einschränkung. Außerdem sollten verpflichtend Schüler:innen bei der Planung neuer Gebäude eingebunden werden, um die Räumlichkeiten lernförderlich zu gestalten und sie an die Bedürfnisse der Schule und der Schüler:innen anzupassen.

Eine Schule muss über genügend Aufenthaltsmöglichkeiten mit Tischen und Stühlen für Schüler:innen verfügen, wo sie sich während einer Freiarbeit, in Mittagspausen oder Freistunden aufhalten können. Dies muss sowohl Orte, an denen sie in Ruhe arbeiten können, aber auch Plätze zum Zusammenkommen und Unterhalten beinhalten. Optimal gibt es verschiedene Arten von Gemeinschaftsräumen, in denen sich Jahrgänge oder Jahrgangsgruppen separiert aufhalten können, aber auch Möglichkeiten zum gemeinschaftlichen Zusammenkommen. Diese Räume sollten nicht nur mit ausreichend Tischen und Stühlen, sondern auch mit Sofas und Sitzsäcken für eine gemütliche Atmosphäre ausgestattet sein. In Arbeitsräumen sollte es zur Verfügung gestellte Recherchemöglichkeiten, z.B. in Form von Schulcomputern, geben, um in Freistunden effizient und unterstützend arbeiten zu können.

Des Weiteren sollte die Schule über eine Schulbibliothek verfügen, die sowohl Fachliteratur zu Recherche- und Lernzwecken, Unterhaltungsliteratur für alle Jahrgänge mindestens auf Deutsch und Englisch und Arbeitsplätze zum stillen Arbeiten anbieten sollte.

Einen Raum für die Schüler:innenvertretung muss es in jeder Schule geben. Dieser ist ausgestattet mit einem Computer mit Internetzugang sowie einem dauerhaft funktionsfähigen Drucker. Des Weiteren muss es möglich sein, ein Kopiergerät zu benutzen. Außerdem sollten neben einem Tisch und Stühlen auch Möglichkeiten zum Entspannen, wie Sofas oder Sitzsäcke, gegeben sein sowie Tafeln oder Pinnwände für die optimale Arbeitsweise. Der Raum sollte zentral liegen, sodass er von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften gut zu erreichen ist. Es sollte auch eine Möglichkeit geben, analog mit der SV kommunizieren zu können, wenn diese gerade nicht im SV-Raum anzutreffen ist. Deshalb muss dieser über einen Briefkasten verfügen oder es muss ein Postfach für die SV im Sekretariat geben.

Die Schule muss über saubere Toiletten und mindestens eine Unisextoilette verfügen. Allen Personen der Schulgemeinschaft sollte die Möglichkeit gegeben sein, Hygieneartikel wie Binden und Tampons jederzeit kostenfrei innerhalb der Schultoiletten zu erhalten. Den Schulen sollen vom Schulträger geldliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Menstruationsartikel zu finanzieren. Diese Mittel dürfen ausschließlich zum genannten Zweck genutzt werden.

Zu einer guten Lernatmosphäre gehört auch ein anständiger Außenbereich, um weiteren Raum innerhalb und außerhalb des Unterrichts zu schaffen. Auf dem Schulhof sollte es deshalb mehrere Sitz- und Arbeitsmöglichkeiten geben, um eine Arbeitsphase bei gutem Wetter auch nach draußen verlegen zu können, da dies einen guten Ausgleich schafft. Außerdem sollte jede Schule über ein grünes Klassenzimmer verfügen, was ein Bereich draußen ist, in dem eine gesamte Klasse unterrichtet werden kann. Der Schulhof und auch das Schulgebäude sollten ausreichend begrünt sein. Außerdem muss es auf dem Schulhof verschiedene Möglichkeiten geben, in den Pausen einen sportlichen oder anderweitigen Ausgleich zum Unterricht zu bekommen.

Personelle Ausstattung der Schulen:

Wir alle wissen, dass eine gute Bildung nur mit ausreichend Personal an Schulen möglich ist. Dennoch erleben Schülerinnen und Schüler täglich die Folgen eines Bildungssystems, das seit Jahren an Personalmangel leidet. Unterricht fällt aus, Vertretungsstunden ersetzen regulären Fachunterricht, individuelle Förderung bleibt auf der Strecke und Lehrkräfte arbeiten vielerorts an ihrer Belastungsgrenze. Gleichzeitig steigen die Anforderungen der Schule gegenüber ständig. Die Kreisschüler:innenvertretung ist überzeugt: Gute Bildung braucht genügend Personal! Deshalb fordern wir Maßnahmen zur dauerhaften Stärkung aller pädagogischen Berufsgruppen an Schulen.

Der Mangel an Lehrkräften ist eines der größten Probleme im Bildungswesen. Schülerinnen und Schüler haben das Recht auf zuverlässigen Unterricht und gleiche Bildungschancen, unabhängig von Schulform oder Wohnort. Dieses Recht wird durch den anhaltenden Personalmangel immer mehr gefährdet. Wir fordern daher eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels, die sowohl die Ausbildung neuer Lehrkräfte als auch die langfristige Bindung bestehender Lehrkräfte in den Blick nimmt. Darüber hinaus müssen Schulen bei unbesetzten Stellen schneller und einfacher unterstützt werden. Dauerhafte Unterrichtsausfälle dürfen nicht zur Normalität werden.

Es reicht nicht aus, nur auf mehr Lehrkräfte zu setzen. Schulen sind heute viel mehr als Orte der Wissensvermittlung. Sie übernehmen wichtige soziale Aufgaben und sind oft die erste Anlaufstelle für Schülerinnen und Schüler bei persönlichen, familiären oder psychischen Problemen. Deshalb fordern wir den umfassenden Ausbau der Schulsozialarbeit. Jede Schule muss dauerhaft Zugang zu genügend Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen haben. Diese Stellen dürfen nicht von befristeten Förderprogrammen oder kommunalen Haushaltslagen abhängen, sondern müssen langfristig und zuverlässig finanziert werden. Schulsozialarbeit ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern ein unverzichtbarer Teil einer modernen Schule.

Angesichts der zunehmenden psychischen Belastungen junger Menschen fordern wir zudem einen stärkeren Ausbau schulischer Beratungs- und Unterstützungsangebote. Schülerinnen und Schüler müssen schnell Hilfe bekommen können, bevor Probleme zu Krisen werden. Dazu gehören genügend Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, eine bessere Zusammenarbeit mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner an jeder Schule. Darüber hinaus setzen wir uns für multiprofessionelle Teams an allen Schulen ein. Lehrkräfte müssen durch pädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und weiteres unterstützendes Personal entlastet werden. Nur so kann ausreichend Zeit für Unterricht, individuelle Förderung und

pädagogische Arbeit geschaffen werden. Die Herausforderungen von Inklusion, Integration und individueller Förderung können nicht allein von Lehrkräften gemeistert werden.

Die Kreisschüler:innenvertretung fordert daher eine nachhaltige Personaloffensive für Schulen. Bildung darf nicht an fehlendem Personal scheitern. Jede Schülerin und jeder Schüler hat Anspruch auf eine Schule, die ausreichend ausgestattet ist, verlässlichen Unterricht gewährleistet und bei schulischen sowie persönlichen Herausforderungen Unterstützung bietet. Investitionen in Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie weitere pädagogische Fachkräfte sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb müssen sie endlich die politische Priorität erhalten, die ihnen zusteht.

Demokratie in der Schule und ihrem Umfeld:

Demokratie ist für unsere Gesellschaft enorm wichtig, da sie ein essentieller Bestandteil für die Gleichberechtigung aller und somit die Basis für ein gutes Leben ist. Auch in der Schule sollte Demokratie gelebt und gefördert werden. Besonders wichtig ist dabei die niedrigschwellige Beteiligung aller an Schule beteiligten Personen sowie die Unterstützung von Minderheiten.

Auf schulischer Ebene fordern wir daher insbesondere die Stärkung der Schüler:innenvertretungen. Dazu zählen die Unterstützung der SVen durch (Verbindungs-)Lehrkräfte für die Stärkung ihrer Strukturen, bei der Ausführung ihrer Arbeit, sowie die niedrigschwellige Beteiligung der Schülerinnen und Schüler bei allen sie betreffenden Themen. Auch benötigt es Anlaufstellen, bei denen die SVen die Möglichkeit haben, sich über ihre Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Des Weiteren soll die Mitarbeit für die Schüler:innenschaft attraktiver gestaltet werden, indem es Formen der Aufwandsentschädigung wie Stundenbefreiungen oder Ähnliches für SV-Mitglieder gibt. Auch muss durch die Schule regelmäßig für eine Beteiligung geworben und entsprechendes Infomaterial bereitgestellt werden.

Die SVen der Schulen sollen ein Statut besitzen, in welchem die Prozesse der SV strukturiert und demokratisch geregelt sind. Als Vorlage dafür eignet sich das Musterstatut der KSV Pinneberg.

Für eine Gleichbehandlung und Einheitlichkeit aller SVen fordern wir einheitliche und zentral bereitgestellte E-Mail-Adressen für die SVen der einzelnen Schulen. Auch soll es den SVen möglich sein, soziale Medien zu nutzen, um eine größere Masse an Menschen zu erreichen.

Damit die SVen der Schulen ihrer Arbeit ordentlich nachgehen können und sich für die Belange der Schülerschaft einsetzen bzw. deren Schulalltag nachhaltig verbessern können, benötigt es eine ausreichende Finanzierung durch die Schulträger oder sonstige Zuschüsse, etwa durch den Kreis.

Um die Demokratie an Schulen allgemein zu fördern, soll es regelmäßig Informationen zu Demokratie sowohl im schulischen als auch außerschulischen Kontext geben. Darüber hinaus fordern wir die Veranstaltung von Podiumsdiskussionen an Schulen für eine Darstellung verschiedener Ansichten zur Förderung der Meinungsbildung.

Das KSP positioniert sich klar gegen den Rechtsextremismus und fordert daher, keine vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Verdachtsfall bzw. als rechtsextrem eingestufte Parteien zu schulischen Veranstaltungen einzuladen.

Auf Kreisebene soll es unter dem Dach der KSV einen Raum für Austausch und Vernetzung zwischen den SVen auf kommunaler Ebene geben. Dafür soll es wenn möglich jährliche SV-Vernetzungstreffen geben. Ziel ist es außerdem, dass von jeder Schule zwei Schüler:innen für die Ämter der Delegierten zum Kreisschüler:innenparlament benannt werden. Diese sollen an den Parlamenten teilnehmen und die Informationen an die Schüler:innenschaft der eigenen Schule weitergeben.

Die SVen sollen durch die KSV bei der Ausführung ihrer Aufgaben unterstützt werden. Auch soll die KSV Hilfestellungen für die Strukturierung der schulischen SVen geben.

Auch auf Kreisebene sollen die Schüler:innen an allen für sie relevanten Entscheidungen verpflichtend beteiligt werden, um eine Interessenvertretung sicherzustellen. Dazu zählen auch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der KSV und der Kreisverwaltung und dem Kreistag.

Individuelle Förderung:

Die Kreisschüler:innenvertretung Pinneberg ist überzeugt, dass jede Schülerin und jeder Schüler unterschiedliche Stärken, Interessen und Lernvoraussetzungen mitbringt. Deshalb setzen wir uns für eine individuelle Förderung ein, die sowohl leistungsschwächere als auch besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler angemessen unterstützt. Ziel sollte es sein, allen jungen Menschen im Kreis die Möglichkeit zu geben, ihre Potenziale bestmöglich zu entfalten. Hierfür bedarf es differenzierter Lernangebote, einer zeitgemäßen Unterrichtsgestaltung sowie ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen an den Schulen.

Inklusion:

Die Kreisschüler:innenvertretung Pinneberg setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, das allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von körperlichen, geistigen, sozialen oder sprachlichen Voraussetzungen eine gleichberechtigte Teilhabe am Schulleben ermöglicht.

Inklusion sollte einen grundlegenden Auftrag aller Schulen im Kreis darstellen. Dazu gehören barrierefreie Lern- und Aufenthaltsräume, eine angemessene personelle und materielle Ausstattung sowie eine Schulkultur, die Vielfalt als Bereicherung begreift und Diskriminierung entschieden entgegentritt.

Integration:

Die Kreisschüler:innenvertretung setzt sich für eine Schule ein, die gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Sprache oder kulturellem Hintergrund die gleichen Bildungs- und Entwicklungschancen eröffnet. Integration bedeutet für uns, die aktive Teilhabe am schulischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und interkulturelles Verständnis zu fördern. Wir setzen uns

dafür ein, dass Schulen im Kreis Orte des respektvollen Miteinanders sind, an denen demokratische Werte gelebt und gegenseitige Wertschätzung vermittelt werden.

Mentale Gesundheit:

Die psychische Gesundheit von Schüler:innen, Lehrkräften und allen an Schulen Beteiligten steht zunehmend unter Druck, verstärkt durch die Folgen der Corona-Pandemie. Es ist daher notwendig, ein ganzheitliches Konzept zur Förderung der psychosozialen Gesundheit auf lokaler Ebene zu entwickeln und sichtbar zu machen.

1. Sichtbarkeit und Erreichbarkeit von Unterstützungsangeboten

Um Schüler:innen und Familien den Zugang zu psychosozialen Hilfen zu erleichtern, müssen bestehende Angebote besser sichtbar gemacht und stärker an die Bedürfnisse der Betroffenen angepasst werden:

- Digitale Plattformen: Einrichtung einer zentralen Informationsplattform nach dem Vorbild bestehender Angebote, auf der Unterstützungsangebote und Ansprechpartner:innen übersichtlich und leicht auffindbar sind.
- Integration in Schulmedien: Verlinkung dieser Plattform auf Schulwebseiten sowie Einbindung in Lernplattformen wie ISev oder itslearning. Ergänzend sollen Social-Media-Kanäle genutzt werden, um die Reichweite zu erhöhen.
- Erreichbarkeit vor Ort: Regelmäßige Infotage an Schulen sowie Plakate und Flyer, die gezielt auf Hilfsangebote aufmerksam machen.
- Innovative Ansätze: Entwicklung eines digitalen Tools (z. B. Quiz oder Umfrage), das durch gezielte Fragen passende Unterstützungsangebote aufzeigt.

2. Ausbau der psychosozialen Unterstützung an Schulen

Schulen benötigen eine deutlich bessere personelle und strukturelle Ausstattung, um die psychische Gesundheit nachhaltig zu stärken:

- Schulpsychologie: Schrittweiser Ausbau hin zu einem Betreuungsschlüssel von etwa 1:1000 entsprechend fachlicher Empfehlungen.
- Schulsozialarbeit: Deutliche Aufstockung von Schulsozialarbeiter:innen und schulischen Assistenzkräften, um niedrigschwellige Unterstützungsangebote sicherzustellen (Ziel: etwa 1:150).
- Fortbildungen: Regelmäßige Schulungen für Lehrkräfte und schulisches Personal im Umgang mit psychischen Belastungen, in der Sensibilisierung für individuelle Bedürfnisse sowie im sicheren Umgang mit digitalen Endgeräten, um moderne Unterrichtsformate zuverlässig umzusetzen.

3. Verbesserung der Schulkultur und Prävention

Eine gesunde Schulkultur kann entscheidend dazu beitragen, psychosoziale Belastungen zu reduzieren:

- Entzerrung des Schulalltags: Reduktion von Prüfungsbelastungen sowie eine insgesamt ausgewogenere Gestaltung von Tages- und Wochenstrukturen.
- Achtsamkeit und Resilienz: Einführung und Förderung von Programmen zur Stärkung der mentalen Gesundheit, etwa durch Workshops zu Stressbewältigung und Achtsamkeit.
- Zeit für Erholung: Stärkere Berücksichtigung von Erholungsphasen im Schulalltag im Sinne des Prinzips „Luftholen statt Aufholen“.
- Klare Kommunikationszeiten: Begrenzung der schulischen Kommunikation außerhalb der Unterrichtszeiten, insbesondere keine verpflichtende Kommunikation am Abend, um eine klare Trennung von Schule und Freizeit zu ermöglichen.
- Ruheräume: Einrichtung von Rückzugs- und Ruheräumen an Schulen, die im Schulalltag zur Entspannung genutzt werden können.

Berufsorientierung an Schulen:

Viele Schüler:innen stehen vor der Herausforderung, sich zwischen zahlreichen Ausbildungs-, Studien- und Berufsmöglichkeiten entscheiden zu müssen. Oft fehlen jedoch praxisnahe Einblicke und direkte Kontakte zu Betrieben, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Dadurch fällt es vielen jungen Menschen schwer, eine fundierte Entscheidung für ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg zu treffen.

Eine stärkere Berufsorientierung kann dazu beitragen, Interessen und Fähigkeiten frühzeitig zu erkennen und realistische Einblicke in verschiedene Berufsfelder zu erhalten. Gleichzeitig profitieren regionale Unternehmen davon, potenzielle Nachwuchskräfte kennenzulernen und frühzeitig mit ihnen in Kontakt zu treten.

Dabei sollte Berufsorientierung nicht nur durch einzelne Veranstaltungen stattfinden, sondern stärker im Schulalltag verankert werden. Dazu zählen eine frühzeitige und kontinuierliche Auseinandersetzung mit Berufsbildern im Unterricht, regelmäßige Informationen zu Praktika und Bewerbungsprozessen sowie praxisnahe Übungen wie das Erstellen von Lebensläufen oder das Trainieren von Vorstellungsgesprächen im Klassenverband.

Das Kreisschüler:innenparlament fordert daher die Stärkung der Berufsorientierung im Kreisgebiet. Hierfür sollen regelmäßig regionale Berufsmessen veranstaltet sowie die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unternehmen, Hochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen ausgebaut werden. Ergänzend sollen Betriebserkundungen, Praktikumsbörsen, Bewerbungstrainings- und Informationsveranstaltungen zu Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten gefördert werden. Auch sind genügend Praktikumsmöglichkeiten, welche auch über schulische Pflichtpraktika hinausgehen, wichtig.